

MEMORANDUM OF UNDERSTANDING ITALIEN-ALBANIEN:

Neokolonialismus und Verletzung der Menschenrechte

Am 6. November 2023 unterzeichneten die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und der albanische Ministerpräsident Edi Rama eine Vereinbarung zwischen Italien und Albanien über das Management der Ankunft von Menschen auf der Flucht. Dem Protokoll zufolge werden die von italienischen Schiffen aus dem Meer geretteten Personen in zwei Einrichtungen auf albanischem Hoheitsgebiet gebracht, die von Italien auf eigene Kosten und unter italienischer Gerichtsbarkeit verwaltet werden.

Am 21. November 2023 kündigte Außenminister Antonio Tajani dann an, dass das Abkommen mit einer Ratifizierungsvorlage die Zustimmung des Parlaments finden muss.

Das Protokoll legt in seinen 14 Artikeln die folgenden Hauptpunkte fest

- den Bau von zwei Zentren, die ab Frühjahr 2024 in Betrieb genommen werden und eine maximale Kapazität von jeweils 3000 Personen haben. In den Zentren sollen Asylanträge von Menschen geprüft werden, die im Mittelmeer von Schiffen der italienischen Behörden gerettet werden, insgesamt 36.000 Anträge pro Jahr;
- Eines der Zentren ist bereits in Shëngjin (Nordalbanien) gebaut, wo die Verfahren zur Ausschiffung, Identifizierung und Überprüfung der angelandeten Personen stattfinden werden, und das andere wird in Gjadër, in einem eher internen Bereich, gebaut (wo das Zentrum ein CPR sein wird);
- Alle Kosten im Zusammenhang mit der Instandhaltung der Einrichtungen und dem Transfer von Personen werden von Italien getragen. Für das erste Jahr wird Italien 16,5 Millionen Euro zahlen müssen.
- Das Protokoll gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren und verlängert sich automatisch, wenn nicht eine der Vertragsparteien innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Protokolls ihre Ablehnung mitteilt.

Am 22. Januar debattierte die Abgeordnetenversammlung über die Ratifizierung des Abkommens, das zwei Tage später, am 24. Januar 2024, angenommen wurde. Die Mehrheit stimmte dem Text zu und lehnte alle von der Opposition vorgeschlagenen Änderungen ab, wie z.B. den Ausschluss "gefährdeter" und "schutzbedürftiger" Personen von der Überstellung nach Albanien oder den Vorschlag, den Zugang zu Anwälten, Hilfskräften, internationalen Organisationen und EU-Agenturen zu garantieren.

Externalisierung der Grenzen

Am 29. Januar 2024 erteilte das albanische Verfassungsgericht seine Zustimmung und ratifizierte das Abkommen. Mit dieser Ratifizierung hat das Protokoll Rechtskraft erlangt, was beide Länder dazu veranlasst, die Pläne zur Inbetriebnahme der Zentren bis Mitte März voranzutreiben. In diesem Zusammenhang hat die Internationale Organisation für Migration (IOM) seit Anfang Januar damit begonnen, offene Stellen auszuschreiben, und plant, ab dem 15. März Personal einzustellen, das im Shëngjin-Zentrum stationiert werden soll. Obwohl der Europäische Gerichtshof an diesem Tag beschloss, das Protokoll für weitere Untersuchungen auszusetzen, gaben Giorgia Meloni und Edi Rama nicht auf. Am 21. März 2024 hat die Präfektur von Rom die Ausschreibung für die Verwaltung der Zentren in Albanien veröffentlicht, in der weitere Einzelheiten des Abkommens genannt werden und bestätigt wird, dass die Zentren ab dem 20. Mai 2024 betriebsbereit sein werden.

Dieses Abkommen stellt einen Fall von Externalisierung der Grenzen dar. Seit mehr als zwei Jahrzehnten verfolgen die Regierungen wohlhabenderer Länder, vor allem im Westen, Strategien, die darauf abzielen, den Grenzschutz und die Asylverfahren über ihre Grenzen hinaus auszulagern. Diese Strategien zielen darauf ab, illegale Grenzübertritte, vor allem auf dem Seeweg, zu verhindern, indem Personen auf das Territorium anderer Nationen beschränkt werden. Die Auslagerungspolitik beinhaltet in der Regel eine engere Zusammenarbeit mit ausländischen Grenzkontrollbehörden und die Einrichtung spezialisierter Zentren in diesen Ländern zur Bearbeitung von Asylanträgen.

Italien hat in der Vergangenheit ähnliche Maßnahmen ergriffen, wie z. B. das Abkommen zwischen Italien und Libyen aus dem Jahr 2017, in dem Italien wirtschaftliche Hilfe und technische Unterstützung bei der Bekämpfung der illegalen Migration zugesagt hat. Anfang 2023 wurde Tunesien zu Italiens Hauptausgangsland, was zu verstärkten diplomatischen Bemühungen führte. Dies führte zu einem Memorandum of Understanding zwischen der EU und Tunesien, das darauf abzielte, die Migration im Gegenzug für Unterstützung zu reduzieren. Trotz menschenrechtlicher Bedenken fehlten in der Vereinbarung Mechanismen, um die Einhaltung der Rechte zu gewährleisten. Die tunesischen Behörden drängten die POM weiterhin an die libysche Grenze, so dass viele von ihnen ohne Hilfe festsaßen. Trotz Medienberichten verurteilten die EU-Staats- und Regierungschefs diese Maßnahmen nicht öffentlich.

Und jetzt ist Albanien an der Reihe. Allerdings gibt es bei diesem Abkommen einige Unterschiede und weitere Bedenken.

Im Gegensatz zu den Abkommen mit Libyen und Tunesien, die sich auf Grenzkontrollen konzentrierten, um zu verhindern, dass POMs italienisches Hoheitsgebiet erreichen, sieht das Abkommen mit Albanien die extraterritoriale Bearbeitung von Asylanträgen vor.

Zweitens wird mit dem Abkommen zwischen Italien und Albanien die Zuständigkeit für die Bearbeitung von Asylanträgen nicht nach Albanien verlagert, sondern alles findet unter italienischer Gerichtsbarkeit statt.

Schließlich werden gemäß Artikel 3.2 des Abkommens "*die Gebiete (in Albanien) kostenlos zur Verfügung gestellt*", was bedeutet, dass Albanien keine finanzielle Unterstützung von Italien erhalten wird.

Nach Angaben des albanischen Ministerpräsidenten Edi Rama ist Albanien bereit, seine Gebiete für den Bau italienischer Aufnahmezentren kostenlos zur Verfügung zu stellen, und erklärte, dass die Albaner Italien zu Dank verpflichtet seien: "*Wenn wir helfen können, werden wir es tun*".

Es ist jedoch offensichtlich, dass Albanien keine Schulden bei Italien hat und dass dieser Ansatz ein strategischer Schachzug ist, um den Zugang Albanien zur EU zu erleichtern. Dieser Plan deckt sich mit den Ansichten von Giorgia Meloni, die der Ansicht ist, dass das Abkommen bedeutende Auswirkungen auf Europa hat. Meloni unterstreicht: *"Ich betrachte dieses Abkommen als ein Abkommen von großer europäischer Tragweite, ein Abkommen, mit dem sich Albanien nicht nur als eine historisch mit Italien befreundete Nation bestätigt, sondern auch als eine mit Europa und der Europäischen Union befreundete Nation, denn obwohl Albanien noch nicht Teil der EU ist, verhält sich Tirana in Wirklichkeit so, als wäre es bereits Mitglied"*.

Neokolonialismus Prämisse

Giorgia Meloni spricht von einer "historischen Freundschaft" zwischen Albanien und Italien und übersieht dabei die wenig freundschaftliche Geschichte, als Italien während des faschistischen Regimes in Albanien einmarschierte. Ähnlich wie Libyen hat auch Albanien eine koloniale Besetzung durch Italien ertragen. Es ist interessant zu beobachten, wie Italien ehemalige Kolonien nutzt, um Abkommen zur Eindämmung der illegalen Migration zu schließen.

Es ist daher klar, dass dieses Abkommen, nicht sehr gut, die italienische koloniale Vergangenheit verbirgt.

Albanien als ideales Zielland für den Bau von Auffanglagern für POMs auf dem Weg nach Italien zu betrachten, spiegelt eine Mentalität wider, die derjenigen ähnelt, die Albanien als eine Erweiterung Italiens betrachtet, eine unterentwickelte Region, in der Italiener unkontrollierten Einfluss ausüben. In der Tat heißt es in Artikel 7.2 des Abkommens:

*"Die Einreise und der Aufenthalt von italienischem Personal in Albanien zu den in diesem Protokoll genannten Zwecken ist von der Erteilung von **Visa, Aufenthaltsgenehmigungen und anderen in den albanischen Einwanderungsgesetzen vorgeschriebenen Formalitäten befreit**. Italienisches Personal, das sich länger als 90 Tage im albanischen Hoheitsgebiet aufhält, erhält kostenlos und auf einfachen Antrag ein Ausweisdokument ("einmalige Erlaubnis")."*

Wie in Artikel 6.2 des Abkommens nachzulesen ist, können die albanischen Behörden das Innere der Gebäude nicht ohne die Zustimmung der für das Gebäude verantwortlichen Person betreten, sondern nur in Ausnahmefällen, d.h. im Falle eines Brandes oder anderer unmittelbarer Gefahren.

Hinzu kommen weitere Privilegien, die italienisches Personal genießt, wie z.B. die **Immunität vor jeglicher Form der Inhaftierung in Albanien**, die in Artikel 7.6 hervorgehoben wird.

Die neokolonialistische Haltung der Italiener in Albanien wird auch durch die Zunahme des Massentourismus durch Italiener in Albanien in den letzten Jahren sowie durch die Verlagerung von Unternehmen italienischer Unternehmer nach Tirana aufgrund der niedrigeren Arbeitskosten und der weniger strengen Arbeitnehmerrechte unterstrichen.

Kurz gesagt, es scheint, dass Italienern in Albanien alles erlaubt ist.

Verstöße gegen die Menschenrechte

Grundsatz der Nichtzurückweisung

Dieses Abkommen beruht nicht nur auf einer neokolonialen Prämisse, sondern verstößt auch gegen zahlreiche Grundsätze des internationalen Rechts im Bereich der Menschenrechte. Amnesty International bezeichnete das Abkommen als "*illegal und undurchführbar*" und verwies auf Verstöße gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung gemäß Artikel 33 der Flüchtlingskonvention. Dieser Grundsatz verbietet die zwangsweise Rückführung von Flüchtlingen, Asylbewerbern oder Personen, die internationalen Schutz benötigen, in ein Land, in dem ihnen Verfolgung, Folter oder andere Formen unmenschlicher Behandlung drohen, die ihr Leben oder ihre Freiheit gefährden.

Personen, die von italienischen Behörden auf See gerettet werden, einschließlich derjenigen, die in Europa Zuflucht suchen, fallen unter die italienische Gerichtsbarkeit und müssen vor ihrer Überstellung in ein anderes Land eine Prüfung ihres Asylantrags und ihrer individuellen Umstände durchlaufen. Dieser Grundsatz ist eine Selbstverständlichkeit. Obwohl das Abkommen vorsieht, dass die Zentren der italienischen Gerichtsbarkeit unterstehen, gibt es immer noch Zweifel an der Durchsetzung dieses Gesetzes.

Gefahr von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung

Allerdings ist es angesichts der Menschenrechtslage in Albanien nicht zwingend erforderlich, auf die Fülle von Menschenrechtsverletzungen auf italienischem Gebiet und im Rahmen der ideologischen Grundlagen dieses Abkommens hinzuweisen.

Nach internationalem Recht sind Italien und andere Staaten verpflichtet, sich abzustimmen und zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass auf See gerettete Personen so schnell wie möglich nach der Rettung an einem sicheren Ort an Land gehen können. Dies bedeutet, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Verweildauer der Überlebenden an Bord des Hilfsschiffes so kurz wie möglich zu halten und die Vorbereitungen für ihre Ausschiffung zu beschleunigen.

Es ist nicht klar, wie die POM nach Albanien überführt werden sollen, aber wenn man die Route ändern und sie im albanischen Hafen Shëngjin an Land gehen lassen würde, der fast 1000 km von den Gebieten entfernt ist, in denen üblicherweise Rettungsaktionen durchgeführt werden - d. h. Lampedusa oder Malta -, würde der Transport der Schiffbrüchigen dorthin etwa zwei oder drei zusätzliche Tage auf See erfordern. Ein solches Szenario würde die Qualen der Überlebenden noch verschlimmern, die durch die entbehrungsreiche Reise, den Mangel an Nahrungsmitteln und den Verlust von Freunden und Familienangehörigen ohnehin schon traumatisiert sind. Es würde eine Misshandlung dieser Menschen darstellen.

Das Abkommen könnte das Such- und Rettungssystem stören und die italienische Koordinierungsstelle für die Seenotrettung unter Druck setzen, bestimmten Gruppen Vorrang zu geben. Dies könnte die Hilfe für die in Not geratenen Menschen verzögern und möglicherweise zu mehr Todesfällen führen.

Verletzung der Grundrechte von schutzbedürftigen Personen

Während Giorgia Meloni in der Presse häufig erklärt hat, dass das Abkommen nur Männer betrifft und besonders schutzbedürftige Gruppen wie Kinder, Überlebende von Menschenhandel und Folter sowie schwangere Frauen ausgenommen sind, enthält das Abkommen keine Bestimmung, die das Verfahren zur Identifizierung dieser Personen beschreibt. In Anbetracht der Tatsache, dass alle Personen, die sich auf eine solche Reise begeben, von Natur aus schutzbedürftig sind, gefährdet dieses Abkommen das gesamte System zur Identifizierung und zum Schutz von Kindern, schwangeren Frauen, Überlebenden von Menschenhandel und Folter und anderen schutzbedürftigen Gruppen, die besondere Unterstützung benötigen.

Verstoß gegen das Recht auf Freiheit

Das Abkommen sieht vor, dass Personen, die in den beiden Zentren in Shëngjin und Gjadër untergebracht sind, diese Zentren während ihres Aufenthalts in Albanien nicht verlassen dürfen. In Italien kann man, während man auf die Entscheidung über seinen Asylantrag wartet und sich in einem Aufnahmezentrum befindet, tagsüber außerhalb des Zentrums spazieren gehen. Das macht beide Zentren zu Orten der Inhaftierung, an denen das Recht auf Freiheit verletzt wird. Und wenn man das Lager verlässt, was passiert dann?

Ist Albanien bereit?

"Ein solches Abkommen hat uns unvorbereitet getroffen", sagt Kristina Millona, eine albanische Aktivistin und Journalistin aus Tirana, "es fehlt in Albanien an Lobbyarbeit für ein faires Asylsystem, und es wird keine Arbeit vor Ort geleistet, um Menschen auf der Flucht zu unterstützen", schließt sie. Für viele Menschen auf der Flucht ist Albanien eine der Stationen auf der Balkanroute. Aus vielen in Triest gesammelten Zeugenaussagen geht hervor, dass viele Menschen, die unterwegs waren, mit albanischen Behörden zu tun hatten. Sie erklärten mir, dass es einfach sei, die Grenze zu überqueren: "*Du gibst der albanischen Polizei einfach Geld und sie bringt dich überall hin, sie setzt dich in Nord-Mazedonien, im Kosovo oder in Serbien ab*", so die Aussagen einiger Asylbewerber in Triest.

Laut dem Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International ist Albanien das korrupteste Land in Europa. Korruption ist in Albanien in mehreren Bereichen allgegenwärtig, darunter in der Politik, der Strafverfolgung und im öffentlichen Dienst. Darüber hinaus ist das Land dafür bekannt, dass es etablierte Menschenhandelsnetzwerke beherbergt. Der Bericht des US-Außenministeriums zum Menschenhandel 2023 zeichnet ein düsteres Bild: Albanien erfüllt nicht die Mindeststandards für die Beseitigung des Menschenhandels und setzt damit einen tragischen Kreislauf der Ausbeutung fort.

Aufgrund dieser Umstände ist Albanien seit langem von Auswanderung geprägt. Mit jedem Jahr nimmt die albanische Bevölkerung ab, was zur Entstehung von Geisterstädten wie Kukës führt. Hier greifen junge Albaner zu verzweifelter Maßnahmen und verstecken sich in Lastwagen, um die europäischen Grenzen illegal zu überqueren.

Einige von ihnen finden sich schließlich in Calais wieder und besteigen kleine Boote, die das Ziel Vereinigtes Königreich haben, nur um nach ihrer Ankunft in Haftzentren eingesperrt zu werden, wo sie ähnlichen Maßnahmen wie in den Zentren in Shëngjin und Gjadër unterworfen sind. Als ein Land, das noch nie Zielland für POMs war, ist Albanien mit den europäischen Asylsystemen kaum vertraut und hat noch nie Gewahrsamszentren für POMs eingerichtet. Die einzige Vertrautheit besteht mit den Albanern, die dort in den CPR-Zentren lebten und starben. Nun werden diese Zentren, die töten, zum ersten Mal in ihrem Heimatland errichtet werden.

Es muss unbedingt hervorgehoben werden, dass die albanische organisierte Kriminalität eine wichtige Rolle bei den Schmuggeloperationen entlang der Balkanroute spielt. Berichte des BIRN sowie zahlreiche Aussagen von Asylbewerbern, mit denen ich in Triest gesprochen habe, unterstreichen, wie albanische Banden Waffen an Schmugglernetzwerke auf dem gesamten Balkan, vor allem in Serbien, liefern. Sie erleichtern den Transport von Waffen aus dem Kosovo an Schmugglergruppen aus Afghanistan, Marokko und Syrien. In Anbetracht dieser Umstände ist es sehr wahrscheinlich, dass Personen, die die Zentren verlassen, mit Menschenhandel in Berührung kommen, so dass das Abkommen gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung verstößt.

Nein zu CPR

Die Problematik des Abkommens liegt nicht nur in den neokolonialistischen Grundlagen und in der Verletzung der oben genannten Rechte, sondern auch in der Ausdehnung einer beschämenden Politik über die italienischen Grenzen hinaus in ein Nicht-EU-Land, die sowohl innerhalb der italienischen als auch der europäischen Grenzen die Menschenrechte von POMs, Asylbewerbern und Flüchtlingen ständig verunglimpft und verletzt.

Am 10. Januar 2024 besuchte unser Team von NNK Trieste das Auffanglager in Gradisca. Was wir vorfanden, waren hohe Mauern und Tore, die das Zentrum wie ein Gefängnis aussehen ließen. Schockierenderweise sprachen die Mitarbeiter die Bewohner nicht mit ihren Namen an, sondern mit den ihnen zugewiesenen Kennnummern. Jedes Mal, wenn man das Zentrum verlässt, wird man aufgefordert, zu unterschreiben, und das gleiche Verfahren gilt, wenn man zurückkehrt. Es besteht eine Ausgangssperre ab 20.00 Uhr, und bei Nichteinhaltung drohen Bußgelder und die Androhung des Ausschlusses aus dem Lager. Die Bewohner berichten von starker Überbelegung: Das Zentrum hat eine Kapazität von 300 Personen, beherbergt aber 900, was dazu geführt hat, dass im Inneren behelfsmäßige Zelte errichtet wurden, um die Überzähligen unterzubringen. Die Zimmer sind überfüllt, die Betten sind zu klein und selbst die Flure sind mit Betten vollgestellt. Die Privatsphäre ist praktisch nicht vorhanden, die Badezimmer haben keine Türen und sind für die Anzahl der Insassen nicht ausreichend. Die hygienischen Bedingungen sind katastrophal; die Bewohner müssen von schmutzigen Tellern essen, und verdorbene Lebensmittel sind keine Seltenheit. Das Personal reagiert manchmal mit dem Abstellen des Stroms und begründet dies mit disziplinarischen Maßnahmen für diejenigen, die zu spät kommen.

"Wir sind keine Kinder", sagte ein Bewohner und wies auf die erniedrigende Behandlung der männlichen Migranten und den Verlust ihrer Freiheit hin. Diese Lebensbedingungen gefährden das psychische Wohlbefinden der Asylbewerber und setzen sie ständigen Ängsten aus.

Dies sind die Bedingungen in einem durchschnittlichen Aufnahmezentrum in Italien, das, was in den CPR geschieht, ist noch schlimmer.

CPR (centri di permanenza per il rimpatrio) sind eine totale Institution, in der einige Menschen ihrer Freiheit beraubt werden, ohne irgendeine Art von Straftat begangen zu haben; es ist ein Kontrollinstrument, das einen Unterschied zwischen Bürger*innen mit Rechten und Garantien und "Nicht-Bürger*innen", denen diese Rechte entzogen werden, herstellt und eine globale Hierarchie unter den Menschen auf der Grundlage von Rassialisierung, Klasse und Pass verstärkt.

Von 2018 bis 2024 starben 20 Menschen in den CPR, viele von ihnen, nachdem sie von der Polizei brutal zusammengeschlagen wurden oder weil sie Selbstmord begangen haben. In den meisten Fällen werden die Zeugen zurückgeführt. Die Geschichte von Moussa Balde ist ein Beispiel dafür, warum diese Orte geschlossen und nirgendwo anders geöffnet werden müssen.

Moussa Balde war 23 Jahre alt. In der Nacht vom 23. auf den 24. Mai 2021 starb er in einem CPR in Turin.

Am 9. Mai befand er sich in Ventimiglia vor einem Supermarkt, wo er versuchte, etwas Geld zusammenzukratzen. Drei Männer griffen ihn mit Tritten, Schlägen und Stangen an. Jemand macht ein Video: Moussa liegt am Boden, zusammengerollt, während die drei auf ihn einschlagen.

Eine Episode rassistischer Gewalt wie viele andere auch: Nur die Verbreitung von Bildern verhindert, dass die Geschichte in Schweigen gehüllt wird, denn Menschen wie Moussa haben nur selten die Möglichkeit zu erzählen und geglaubt zu werden.

Am 9. Mai wurde Moussa in ein Krankenhaus eingeliefert: Er wurde noch am selben Tag entlassen, ohne dass ihm die Unterlagen mit der Diagnose ausgehändigt wurden. Er verbrachte die Nacht in einer Arrestzelle. Am nächsten Morgen wurde er nach Turin gebracht, wo er nach einer Anhörung im CPR Corso Brunelleschi eingesperrt wurde.

Unter den vielen Papieren, die er unterschreiben muss, steht nichts über die Schlägerei.

Er landet bald in der Isolation, im berüchtigten "ospedaletto", einem mauernahen Bereich des CPR, in dem es Einzelzellen gibt, die an Hühnerställe erinnern. Das hat nichts mit einem Krankenhaus zu tun. Trotz der auffälligen Wunden im Gesicht wird Moussa nie gesehen.

Dort wurde Moussa erhängt aufgefunden.

Die große Empörung über seinen Tod führte zur Schließung des Krankenhauses. Letztes Jahr, im Februar, zerstörte das Feuer der Unruhen das CPR, das nun seit einem Jahr geschlossen ist.

Schlussfolgerung

Wir, als Aktivisten und Menschen, die gegen Grenzen in all ihren Ausprägungen kämpfen, fordern nicht nur die Schließung aller CPR, sondern wir nutzen unsere Stimmen und unsere Wut auch gegen dieses unmenschliche Abkommen.

Das Memorandum of Understanding ist ein Arbeitsstück, aber es ist auch Teil eines größeren Entwurfs, der durch nationale und europäische Verordnungen umgesetzt wird. Ursula von der Leyen erklärte, dass dieses Memorandum ein Modell sei, an dem man sich orientieren könne. Diese Vereinbarung steht in vollem Einklang mit dem Neuen Pakt für Migration und Asyl, der Folgendes beinhaltet:

- die Zustimmung zur Externalisierung der Grenzen
- die Fiktion der Nicht-Einreise (Behandlung von Asylbewerbern, als hätten sie das europäische Hoheitsgebiet nie betreten)
- das Risiko der Zurückweisung
- Durchführung von Grenzkontrollverfahren.

Wie die Festung Europa immer deutlich gemacht hat: mehr Kontrollen, mehr Inhaftierungen, weniger Sicherheit.

BURN CPR, BURN THESE CENTERS, BURN BORDERS.

Quellen:

<https://www.amnesty.org/en/documents/eur30/7587/2024/en/>

<https://www.adnkronos.com/resources/0287-1977965eb861-255f2aac1112-1000/albania.pdf>

<https://nofrontieravg.noblogs.org/cose-un-cpr-2/>

<https://radioblackout.org/2024/03/moussa-balde-processo-al-cpr/>

<https://temi.camera.it/leg19/temi/protocollo-italia-albania-in-materia-migratoria.html>